

## Antrag B01: Für eine Demokratisierung der Arbeitswelt und Gute Arbeit

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

1 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen die Demokratie in der Arbeitswelt  
2 stärken und weiterentwickeln. Die Umsetzung dieses Zieles bildet einen wesentlichen  
3 politischen Schwerpunkt in den kommenden Jahren.

4 Durch unseren erfolgreichen Kampf für demokratische Schutz- und Beteiligungsrechte  
5 der Beschäftigten in der Arbeitswelt haben wir Gewerkschaften dafür gesorgt, dass die  
6 Soziale Marktwirtschaft keine Leerformel geblieben ist. Erst dadurch wurde sie trotz  
7 der ihr innewohnenden Spannungen wesentlicher Bestandteil der wirtschaftlichen und  
8 gesellschaftlichen Erfolgsgeschichte unseres Landes. Es ist jedoch festzustellen,  
9 dass die demokratische Verfasstheit der Arbeitswelt sowie eine am Gemeinwohl  
10 orientierte Politik grundlegend unter Druck geraten sind. Der DGB und seine  
11 Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass diese Schiefelage wieder  
12 korrigiert wird. Folgende Punkte stehen dabei im Mittelpunkt:

13

### 14 1. Die Wahrung der Grundrechte von Beschäftigten und Gewerkschaften

15 Unverrückbarer Ausgangspunkt unseres gewerkschaftlichen Handelns ist und bleibt die  
16 Wahrung der Menschenwürde. Dazu gehören die Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und  
17 Solidarität. Wir Gewerkschaften kämpfen dafür, dass diese Grundsätze auch für die  
18 Arbeits- und Wirtschaftswelt gelten. Konkret bedeutet das, eine gerechte Verteilung  
19 des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands, soziale Sicherung, gesellschaftliche  
20 Teilhabe und ein Höchstmaß an Selbstbestimmung für die Beschäftigten. Aus der Würde  
21 des Menschen leitet sich auch unser Verständnis des Wertes menschlicher Arbeit ab.  
22 Der materielle Wert von Arbeit beschränkt sich längst nicht darauf, den eigenen  
23 Lebensunterhalt zu verdienen. Menschliche Arbeit bildet die eigentliche  
24 wirtschaftliche Grundlage für Wertschöpfung und Wohlstand. Sie trägt aber nicht nur  
25 maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg bei. Vielmehr wirken Gute und mitbestimmte  
26 Arbeit ebenso wie eine humane Arbeitsgestaltung sinn- und identitätsstiftend. Sie  
27 ermöglichen soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe und stärken so den  
28 sozialen Zusammenhalt.

29 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist und bleibt deshalb die  
30 Humanisierung von Arbeit wesentliches Element einer Sozialen Marktwirtschaft, die  
31 ihren Namen verdient. Wir werden deshalb nicht nur die Aufwertungsstrategie für Gute  
32 Arbeit weiterverfolgen, deren Grundlage die Tarifautonomie und Mitbestimmung, starke  
33 Arbeitnehmer\*innen- und Gewerkschaftsrechte sowie menschengerechte Arbeitsbedingungen  
34 bilden, sondern auch neue Ansätze zur Stärkung der Demokratie in der Arbeitswelt in  
35 den Blick nehmen. Die Grundrechte der Beschäftigten sind von Gewerkschaften hart  
36 erkämpfte Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft sowie konstitutiver Bestandteil  
37 unserer demokratischen Verfassungsordnung. Sie geraten jedoch durch gezielte

38 Strategien zur Polarisierung und Radikalisierung, die auf eine Deregulierung  
39 nationaler und internationaler Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse sowie die  
40 Entrechtung der Arbeitnehmer\*innen abzielen, zunehmend unter Druck. Getrieben von  
41 neoliberaler oder radikalkapitalistischer Ideologie werden sowohl  
42 Arbeitnehmer\*innenrechte als auch gewerkschaftliche Grundrechte wie das Streikrecht  
43 offen in Frage gestellt. Die politische Radikalisierung zeigt sich nicht nur in  
44 betrieblichen Strategien wie Union Busting oder der in Teilen aggressiv  
45 Arbeitnehmer\*innen-feindlichen Haltung von Arbeitgeberverbänden, sondern prägt zum  
46 Teil bereits die politische Agenda. Insbesondere auf europäischer Ebene hat eine  
47 Deregulierungswelle begonnen, durch die grundlegende Prinzipien der Sozialen  
48 Marktwirtschaft ausgehöhlt werden.

49 2. Die Bewältigung der weitreichenden Herausforderungen für Arbeit und Wirtschaft

50 Zur gleichen Zeit setzen grundlegende Veränderungen durch kriegerische  
51 Auseinandersetzungen, globale Handelskonflikte oder digitale Monopolstrukturen Arbeit  
52 und Wirtschaft in Deutschland ebenso unter Druck wie die Dynamik durch Künstliche  
53 Intelligenz, den Klimawandel und die demografische Entwicklung. Die Tragweite und  
54 Dringlichkeit der Veränderungen wird maßgeblich durch eine neue globale  
55 Systemkonkurrenz bestimmt, die zunehmend von einem aggressiven Protektionismus sowie  
56 der Verbindung aus anti-demokratischer Weltanschauung, technologischer und  
57 militärischer Macht und enormer Finanzkraft begleitet wird. Diese neuen  
58 Rahmenbedingungen erfordern eine erhöhte Verständigungsbereitschaft der  
59 demokratischen Kräfte in Politik und Wirtschaft.

60 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen deshalb dringenden Handlungsbedarf  
61 auf folgenden Ebenen:

- 62 • Die Mitgliedsgewerkschaften haben mit ihren Tarifpartnern auch in schwierigen  
63 Lagen wegweisende Tarifabschlüsse und tarifpolitische Innovationen durchgesetzt.  
64 Die Tarifvertragsparteien haben damit immer wieder die Fähigkeit zur notwendigen  
65 Gestaltung genauso wie zu konstruktiven Kompromissen unter Beweis gestellt.  
66 Dennoch ist festzustellen, dass das System der Tarif- und Betriebspartnerschaft  
67 weiter erodiert. Es braucht deshalb eine Erneuerung für die nachhaltige  
68 Stabilisierung der Tarifbindung und Mitbestimmung als tragende Säulen der  
69 Sozialen Marktwirtschaft.
- 70 • Auf Ebene der Sozialpartner ist festzustellen, dass die politische Verständigung  
71 mit den Arbeitgeberverbänden zunehmend durch deren Blockaden bei wichtigen  
72 nationalen und europäischen Regelungen, Querelen um den gesetzlichen Mindestlohn  
73 oder Angriffe auf Arbeitnehmer\*innenrechte sowie den Sozialstaat erheblich  
74 belastet wurde. Die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft können nach  
75 unserer Überzeugung nur durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen  
76 Arbeitgebern und den Beschäftigten mit ihren Interessenorganisationen bewältigt  
77 werden. Die Sozialpartnerschaft steht in den kommenden Jahren vor einer  
78 Bewährungsprobe. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verstehen unter  
79 Sozialpartnerschaft die Bereitschaft und das glaubwürdige Bemühen, bei allen  
80 gegensätzlichen Interessen eine grundlegende Verständigung über gemeinsame Ziele  
81 und Lösungsansätze für drängende Zukunftsthemen in sozialer Verantwortung

82 herbeizuführen. Wir fordern die Arbeitgeberverbände auf, ihrer  
83 gesellschaftlichen und demokratischen Verantwortung nachzukommen und zu einer  
84 verlässlichen „Vereinbarungskultur“ mit uns Gewerkschaften zurückzukehren.

85 • Die Bundesregierung hat durch die Neuausrichtung der Investitionspolitik  
86 wichtige Akzente für einen Aufschwung der Wirtschaft gesetzt. Gleichwohl werden  
87 die mobilisierten Mittel nicht ausreichen, um alle gesellschaftlichen  
88 Investitionsbedarfe zu decken. Auch wird der Schuldendienst für  
89 kreditfinanzierte Verteidigungsausgaben in absehbarer Zeit erheblichen Druck auf  
90 die Kernhaushalte ausüben. Zugleich bleiben der Arbeitsmarkt, der  
91 gesellschaftliche Zusammenhalt wie auch die demokratische Verfasstheit weiter  
92 unter Druck. So sind nicht nur prekäre Arbeitsverhältnisse noch immer weit  
93 verbreitet. Auch die Arbeitsplatzunsicherheit nimmt zu. Dazu hat die  
94 Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen Ausmaße angenommen, die die  
95 gesellschaftliche Solidarität gefährden. Es besteht deshalb weiterhin ein  
96 enormer verteilungspolitischer Korrekturbedarf. Der DGB und seine  
97 Mitgliedsgewerkschaften drängen deshalb auf eine grundlegende Verständigung über  
98 Wege zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Integration  
99 und wirtschaftlichen Stärke.

100 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begreifen sowohl die Tendenzen der  
101 Radikalisierung und Polarisierung als auch die tiefgreifenden Veränderungsprozesse in  
102 Arbeit und Wirtschaft als Auftrag, sich in den kommenden Jahren mit allem Nachdruck  
103 für eine umfassende Stärkung und Weiterentwicklung der demokratischen Beteiligungs-  
104 und Mitentscheidungsrechte der Beschäftigten einzusetzen. Auch um deutlich zu machen,  
105 wie für uns eine Soziale Marktwirtschaft aussehen muss, die ihren Namen verdient,  
106 wird der DGB gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften in den kommenden Jahren  
107 verstärkt Impulse für einen solchen grundlegenden Prozess demokratischer Erneuerung  
108 in die politische und öffentliche Debatte einbringen. Dazu gehören folgende  
109 Schwerpunkte:

110

111 Mitbestimmung grundsätzlich weiterdenken

112 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben substanzielle Fortschritte bei  
113 der Demokratisierung von Arbeitswelt und Wirtschaft eine hohe Priorität.  
114 Weitreichende Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte der Beschäftigten im  
115 Betrieb, in der Dienststelle und auf Unternehmensebene sind grundlegend für Gute  
116 Arbeit, Innovationsfähigkeit und Beschäftigungssicherheit. Sie stärken die Erfahrung  
117 von demokratischer Selbstwirksamkeit am Arbeitsplatz und tragen so dazu bei, der  
118 Entstehung und Verbreitung antidemokratischer Einstellungen entgegenzuwirken. Wir  
119 brauchen deshalb dringender denn je eine Mitbestimmung, die vollwertige demokratische  
120 Mitentscheidungsrechte der Beschäftigten unter den Bedingungen der heutigen  
121 Arbeitswelt garantiert. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stellen sich  
122 entschlossen solidarisch gegen die Kampfansagen von immer mehr Arbeitgeber\*innen  
123 gegen Betriebsräte und die immer weiter um sich greifende Flucht aus der  
124 Unternehmensmitbestimmung. Gleichzeitig werden der DGB und seine  
125 Mitgliedsgewerkschaften mit aller Entschiedenheit auf politische Lösungen drängen, um

126 die wachsenden mitbestimmungs- und demokratiefreien Zonen in der Arbeitswelt zu  
127 schließen und die demokratischen Beteiligungsrechte der Beschäftigten auf die Höhe  
128 der Zeit zu bringen. Dabei wird es verstärkt darum gehen, grundsätzlich neue Ansätze  
129 zu verfolgen – etwa durch einheitliche Regelungen für eine echte paritätische  
130 Mitbestimmung in Aufsichtsräten, unabhängig von der Unternehmensgröße.

131

132 Stärken der Tarifautonomie ausbauen

133 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden konsequent darauf drängen, dass die  
134 Bundesregierung auch alle ihre Ankündigungen zur Stärkung der Tarifbindung zügig  
135 umsetzt. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen bleiben jedoch insgesamt  
136 unzureichend. Ein umfassender nationaler Aktionsplan für Tarifbindung und  
137 Mitbestimmung muss endlich erarbeitet und umgesetzt werden. Der DGB und seine  
138 Mitgliedsgewerkschaften haben zahlreiche konkrete Instrumente zur Stärkung  
139 vorgeschlagen und werden in den kommenden Jahren weitere Innovationen in die  
140 politische Debatte einbringen, um diese als feste Pfeiler der Tarifpolitik zu  
141 etablieren. Dazu gehört auch, dass Innungen ihrer Rolle als Tarifvertragsparteien  
142 wieder vollumfänglich nachkommen müssen. Darüber hinaus werden die Gewerkschaften  
143 weiter darauf hinwirken, eine stärkere tarifvertragliche Abdeckung zu erreichen. Die  
144 DGB-Kampagne #Tarifwende wird dabei als erprobtes Mobilisierungsinstrument  
145 weiterentwickelt und fortgeführt. Mit diesem strategischen Bündel aus Kontrolle,  
146 Innovation und Mobilisierung wollen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften  
147 erreichen, dass die Tarifbindung gestärkt wird und Tarifverträge eine unverzichtbare  
148 Säule für Stabilität, Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt bleiben.

149

150 Gute Arbeit durch Künstliche Intelligenz fördern

151 Künstliche Intelligenz (KI) kann einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der  
152 Arbeitsproduktivität leisten. Damit dies gelingt, werden der DGB und seine  
153 Mitgliedsgewerkschaften sich dafür einsetzen, die digitale Souveränität der  
154 Beschäftigten zu fördern und die Instrumente für die betriebliche und tarifliche  
155 Gestaltung Guter Arbeit unter den Bedingungen von KI weiterzuentwickeln. Dafür soll  
156 insbesondere ein Regelwerk für KI in der Arbeitswelt geschaffen werden, das eine  
157 mitbestimmte, transparente, diskriminierungsfreie und beschäftigungsorientierte  
158 Nutzung von KI-Anwendungen ermöglicht. Insbesondere durch eine Stärkung der  
159 Mitbestimmung soll Gute Arbeit durch den Einsatz von KI gefördert und der Abbau von  
160 Arbeitsplätzen oder eine Abwertung von Arbeit verhindert werden. Zusätzlich sollen  
161 Innovationen und dafür grundlegende Ökosysteme gefördert werden, um die Potentiale  
162 von KI für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu heben. Der DGB und seine  
163 Mitgliedsgewerkschaften werden sich zudem dafür einsetzen, Abhängigkeiten im Bereich  
164 der Digitalisierung zu verringern und die technologische Souveränität von Wirtschaft  
165 und Gesellschaft zu stärken. Um die Machtkonzentration von Digitalkonzernen zu  
166 begrenzen, werden sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für die Durchsetzung  
167 fairer Wettbewerbsregeln und einer gerechten Besteuerung sowie den Ausbau  
168 technologischer Standortalternativen in Deutschland und Europa einsetzen.

169 Stärkung der individuellen Schutz- und Gestaltungsrechte

170 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich neben den kollektiven  
171 Gestaltungsrechten auch für die Sicherung und den Ausbau individueller  
172 Arbeitnehmer\*innenrechte ein. Sie sind die Grundlage unseres demokratischen, sozialen  
173 Rechtsstaats und insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche von herausragender  
174 Bedeutung. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden deshalb nicht nur darauf  
175 hinwirken, die Instrumente gegen die Missachtung geltenden Rechts zum Schutz der  
176 Beschäftigten durch Arbeitgeber oder dessen Umgehung durch digitale Plattformen zu  
177 schärfen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden auch weiterhin klare Kante  
178 gegenüber Forderungen aus der Politik und den Arbeitgeberverbänden zeigen, die  
179 Schutzrechte von Beschäftigten oder Gewerkschaftsrechte in Frage stellen. Ein Abbau  
180 von Schutzstandards ist keine Entbürokratisierung, sondern würde die Gestaltung Guter  
181 Arbeit maßbeglich erschweren und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen weiter  
182 Vorschub leisten. Dazu gehören insbesondere die Angriffe auf den 8-Stunden-Tag und  
183 das Streikrecht. Der Gestaltungsanspruch von DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften  
184 geht jedoch über die Verteidigung bestehender Schutzrechte hinaus: Die gravierenden  
185 Veränderungen in Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft erfordern einerseits mehr  
186 Sicherheit zum Beispiel durch eine Stärkung des Kündigungsschutzes, die Begrenzung  
187 von Befristungen, die Regulierung von Plattformarbeit und den Schutz der  
188 Persönlichkeitsrechte, ein klimagerechtes Arbeitsschutz- und Sozialrecht oder die  
189 Sicherstellung lückenloser Arbeitszeiterfassung. Andererseits soll der Anspruch nach  
190 mehr Selbstbestimmung bei der Arbeit und Arbeitszeitsouveränität auch durch die  
191 Erweiterung des arbeitsrechtlichen Instrumentariums gestärkt werden.

192

193 Weiterentwicklung der arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Instrumente

194 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine Arbeitsmarktpolitik  
195 ein, die konkrete und passgenaue Qualifizierungsangebote für die Beschäftigten noch  
196 stärker in den Mittelpunkt rückt. Dekarbonisierung, Digitalisierung und  
197 demografischer Wandel erzeugen hier nicht nur besonders dringlichen Handlungsbedarf,  
198 sondern sie erhöhen auch die Anforderungen an Qualifikationen und die Gestaltung von  
199 Beschäftigungsverhältnissen. Eine präventive Strategie muss insbesondere in den  
200 kommenden Jahren des Wandels tragfähige Brücken für Beschäftigte, Erwerbslose,  
201 Auszubildende sowie Studierende bauen. Sichere Beschäftigungsaussichten sind  
202 notwendige Stabilitätsanker und schaffen das nötige Vertrauen, um die  
203 Veränderungsprozesse gemeinsam erfolgreich zu gestalten. Dazu gehört auch, die  
204 Erwerbsmigration arbeitsmarkt- und bildungspolitisch so zu begleiten, dass Gute  
205 Arbeit und die gesellschaftliche Integration gefördert werden – ein Aspekt, der nicht  
206 zuletzt für die künftige Fachkräftesicherung von zentraler Bedeutung ist. Der DGB und  
207 seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine handlungsfähige  
208 Arbeitslosenversicherung sowie eine Weiterentwicklung der Instrumente der aktiven  
209 Arbeitsmarktpolitik ein, um Weiterbildung und Qualifizierung über das gesamte  
210 Erwerbsleben zu stärken. Dazu gehört insbesondere ein Recht auf Weiterbildung mit der  
211 Stärkung abschlussorientierter Qualifizierungen.

212

213 Gleichstellung am Arbeitsmarkt

214 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich auch dafür ein, den  
215 Verfassungsauftrag der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern auch am  
216 Arbeitsmarkt zu verwirklichen. Die Hürden, die einer gleichberechtigten Teilhabe von  
217 Frauen am Erwerbsleben entgegenstehen, müssen beseitigt und ihre wirtschaftliche  
218 Eigenständigkeit gefördert werden. Voraussetzung hierfür sind die gerechte Verteilung  
219 von bezahlter und unbezahlter Arbeit, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige  
220 Arbeit sowie ein gewaltfreies Arbeits- und Lebensumfeld. Notwendig ist ein Mix aus  
221 gesellschaftlichem Umdenken, gesetzlichen Vorgaben, tariflichem und betrieblichem  
222 Handeln. Dazu zählen unter anderem die partnerschaftliche Weiterentwicklung des  
223 Elterngeldes, eine Reform von Ehegattensplitting, die Umwandlung der Minijobs in  
224 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ab der ersten Stunde,  
225 lebensphasenorientierte Arbeitszeiten oder gleichstellungspolitische Kriterien für  
226 die Vergabe öffentlicher Aufträge. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden  
227 ebenso darauf drängen, dass die verpflichtenden Maßnahmen zur Prävention und  
228 Bekämpfung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, wie in der ILO-Konvention 190  
229 vorgesehen, unverzüglich und effektiv umgesetzt werden. Zudem ist der Ausbau von  
230 institutionellen Gleichstellungsmechanismen unverzichtbar – gerade angesichts der  
231 Angriffe, denen unsere Demokratie derzeit ausgesetzt ist. Der DGB und seine  
232 Mitgliedsgewerkschaften setzen sich deshalb für die Verankerung und Umsetzung einer  
233 verbindlichen, ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie sowie einer  
234 geschlechtsspezifischen Gesetzesfolgenabschätzung ein.

235

236 Erneuerte Sozialpartnerschaft - gemeinsam Verantwortung für die Zukunft übernehmen

237 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine tatsächliche  
238 Verantwortungspartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Eine  
239 Sozialpartnerschaft, in der gemeinsam Verantwortung übernommen und Lösungen gestaltet  
240 werden. Angesichts tiefgreifender Umbrüche in Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft ist  
241 - im Wissen um die Interessengegensätze - eine grundsätzliche Verständigung über die  
242 Zukunft unseres Landes notwendig, die getragen ist von sozialer Verantwortung,  
243 ökonomischer Vernunft, gegenseitigem Vertrauen und der Verlässlichkeit von  
244 Absprachen.

245 Diese Verständigung muss zentrale Zukunftsthemen umfassen: den gerechten Einsatz  
246 Künstlicher Intelligenz, die Förderung von Integration und Demokratie in der  
247 Arbeitswelt, Gleichstellung und höhere Frauenerwerbstätigkeit, eine nachhaltige  
248 Wirtschafts- und Standortpolitik sowie die Weiterentwicklung eines modernen  
249 Sozialstaats.

250 Bei diesen zentralen Zukunftsfragen können keine breit getragenen Lösungen entwickelt  
251 werden, wenn die Arbeitgeberseite auf Blockade schaltet oder sogar populistische  
252 Stimmungsmache betreibt. Dringend nötig ist hier genau das Gegenteil: das ernsthafte  
253 und stetige Bemühen um eine konstruktive Verständigung über gemeinsame Ziele und  
254 Lösungswege.

255 In diesem Sinne erwarten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften von den

256 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, dass sie Angriffe auf Gewerkschaften,  
257 Beschäftigtenrechte und soziale Sicherungssysteme beenden und stattdessen gemeinsam  
258 für faire Wettbewerbsbedingungen eintreten. Eine erneuerte Sozialpartnerschaft heißt  
259 auch: entschieden gegen Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und  
260 Sozialversicherungsbetrug vorzugehen, um das Solidarsystem zu schützen, auf dem unser  
261 gesellschaftlicher Zusammenhalt beruht.